

Ein Reichskommissar für Reparationen?

Seniotionelle Meldungen über Schaffung einer Zwischeninstanz.

Von unserer Berliner Redaktion.

♦ Berlin, 1. November. (Eig. Drahtb.)

Die „New York Times“, d. h. das gleiche Organ, das seinerzeit die erste Meldung über die viel besprochene Denkschrift des Reparationsagenten veröffentlichten konnte, hat sich wieder eine Nachricht aus Berlin drahten lassen, welcher aus den ersten Blick eine besondere Bedeutung zukommen könnte. Das genannte Blatt schreibt nämlich, zur Vermeidung weiterer Differenzen zwischen Reichskabinett und Reparationsagenten werde ein Reichskommissar ernannt, der als „Verbindungsbeizler“ zwischen den beiden Instanzen dienen solle. Seine Hauptaufgabe solle darin bestehen, stets die enge Fühlung mit dem Reparationsagenten aufrecht zu erhalten, um beim Ausstehen der geringsten Schwierigkeit Verhandlungen zu ihrer Beseitigung einzuleiten. Für den neu zu schaffenden Posten sei der ehemalige Staatssekretär Bergmann in Aussicht genommen. Auch im „Recht Journal“ wird die Behauptung aufgestellt, daß der Reparationsagent Barter Gilbert ein Reichskommissariat für die Reparationen wünsche, als dessen Leiter der oben erwähnte frühere Staatssekretär Bergmann in Betracht komme. Noch ausführlicher befaßte sich die „Post. Ztg.“ dieses Problem. Sie äußert sich nämlich u. a. wie folgt:

„Das Reichskabinett wird am Mittwoch die abschließenden Beratungen über die Denkschrift des Reparationsagenten abhalten. Die mündlichen Verhandlungen mit Parler Gilbert, an denen zuletzt auch der Reichsaussenminister teilgenommen hat, sind beendet. Die Reichsregierung soll sich jetzt darüber fassen, welche Maßnahmen aus Grund dieser Denkschrift getroffen und welche Antwort dem Reparationsagenten erteilt werden soll. Innerhalb der Reichsregierung wird sehr ernsthaft der Plan erwogen, die Reparationsangeforderungen in einem Be-

ist die Schaffung des Reichskommissariats für Reparationsangelegenheiten in den Befriedungen mit Frankreich bereits vereinbart worden. Wenn sie am Mittwoch im Kabinett beschlossen werden sollte, dann wird wohl auch gleichzeitig die Ernennung des Reichskommissars erfolgen. In Aussicht genommen ist der frühere Staatssekretär Bergmann, der jahrelang, während seiner Tätigkeit in Paris und in Berlin, mit den Reparationsfragen befaßt gewesen ist. Dr. Bergmann würde als Reichskommissar wieder in den aktiven Reichsdienst zurückkehren."

Wie wir von maßgebender Seite erfahren, entsprechen alle diese Reibungen nicht den Tatsachen. Die Zentralisierung der deutschen Reparationspolitik wurde allerdings im Schoße des Reichskabinetts schon mehrfach erörtert. Da dieses große Sorgenkind Deutschlands, wie man die Reparationsfrage ohne Bedenken bezeichnen kann, bereits bei den verschiedensten Ressorts Unterschutz gefunden hatte, tauchte selbstverständlich der Plan einer strafferen Zusammenfassung auf. Zur Zeit liegt die Bearbeitung aller Reparationsangelegenheiten beim Reichsfinanzministerium, während das auswärtige Amt und das Reichswirtschaftsministerium nur mitbeteiligt sind. Aus der Dauer bedeutet das natürlich eine Überbelastung, wenn drei Ministerien sich mit Reparationspolitik befassen. Die Schaffung einer besonderen Stelle ist bei einer Neuorganisation jedoch durchaus nicht erforderlich. Der Reichsfinanzminister ist die geeignete Persönlichkeit, die das Reparationsproblem zu bearbeiten hat und in engstem Kontakt mit dem Reparationsagenten stehen muß. Sofern dem Reichsfinanzminister zur persönlichen Entlastung ein höherer Beamter zur Verfügung gestellt werden sollte, weil sich die Arbeiten von Tag zu Tag immer mehr häufen, läßt sich gegen eine solche rein interne Angelegenheit des genannten Ministeriums nichts einwenden. Wie wir hören, besteht auch beim Reichskabinett nicht die Absicht, eine Zwischeninstanz in Form eines besonderen Reichskommissariats einzuschalten, sondern es

der Part. Polaki von Seiten der staatlichen Schuldentzinsen keine Gefahr mehr, da dieselben definitiv auf dem Versteig gezogen wurden, und man gelangt zu dem Schluß, daß die polnische Währung so auf festen Grundlagen fundiert wird, sofern natürlich eine weltbildende Finanzpolitik Platz greift. Die endgültige de-jure-Stabilisierung der polnischen Währung wird in hohem Maße zu einer Steigerung der Sparsamkeit im Inlande führen und die Erlangung weiterer Auslandscredite ermöglichen.

Der Nachfolger v. Malkans.

:: Berlin, 1. Nov. Reichsminister Dr. Stresemann ist heute abend gemeinsam mit dem Botschaftsrat Dr. von Wittwitsch und Gasson in Berlin eingetroffen. Wie wir von unterrichteter parlamentarischer Seite erfahren, kann es bis zur Ernennung des Botschaftsrats von Wittwitsch zum Botschafter in Washington noch einige Tage dauern. Die Verhandlungen mit Herrn von Wittwitsch selbst dürfen jedoch im wesentlichen bereits abgeschlossen sein, sobald nur das Abgemachte abgewartet zu werden braucht.

Die Forderungen der katholischen Schulorganisation.

× Düsseldorf, 1. Nov. Wie berichtet, lagte am 29. und 30. Oktober in Düsseldorf der Landesverband Preußen der katholischen Schulorganisation, dessen Generalsekretär Herr Reichsfürst Dr. Marx geleitet wurde, die Verammlung nahm u. a. drei Entschließungen an, von denen die erste folgenden Wortlaut hat:

„Der Landesausschuß Preußen der katholischen Schulorganisation Deutschlands erwidert von den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, daß sie durch die baldige Verabschiedung des Reichsschulgengesetzes dem wahren Schulfrieden im deutschen Volke herbeizuführen ist.“

Weshalb das Schulgesetz muß auf der Grundlage des Gewissensfreiheitsatzes und des Elternrechtes aufgebaut sein, und für katholische Schulen mißt katholische Schulen eingerichtet werden, die mit christlichen Glauben und deutscher Geminnung die Jugend zu charaktervollen, sittlichen und vaterlandstreuen Persönlichkeiten erziehen. Die Katholiken können nur dann einem Reichsschulgesetz zustimmen, wenn ihre Rechte über die Gewissensfreiheit

erfüllt die katholischen Forderungen nur zum Theil. Es muß erwartet werden, daß in den Verhandlungen des Reichstages die vorhandenen Mängel abgehebt werden. Nach den Bestimmungen der katholischen Cantonsräthe sind die in der gegenwärtigen Presse angeführten Bestimmungen über eventuell entstehende Mehrkosten geradezu phantastisch zu nennen. Die ehebeynenden Aufsteifungen der Benefizialen können nur zum Verbrechen preussischer Avarizität, die des Willens einer Erziehungsberechtigten die tatsächliche Erziehung einer Regelschule sichern wollen, mißhen auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Die Erziehungsberechtigten stehen in Preußen in harkter Mehrheit auf dem Boden der Volksschule, das sie berechtigt sind, von der preussischen Regierung eine volle Berücksichtigung der Rechte der Volksschule zu fordern. Der preussische Landesausschuss spricht den Katholiken der Simultanschule den nöthigsten Sympathie aus und verspricht, ihre Forderungen nach der Volksschule mit allen Kräften zu unterstützen.

In der zweiten Entschädigung heißt es u. a.: „Die Bedauern stellt der Landesauskunft Preußen der katolischen Schulorganisation Deutschlands fest, daß der Religionsunterricht in der Berufsschule immer noch nicht zum ordentlichen Lehrfach erhoben ist. Der Landesauskunft wiederholt die Forderung der hochwürdigsten Herren Bischöfe, der katholischen Eltern und der katholischen Jugend, der katholischen Lehrer und Standesorganisationen und der christlichen Gewerkschaften, die darauf zielen, daß auch in der Berufsschule der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach erteilt werde.“

Die dritte Entschädigung sagt: Der Landesauskunft Preußen der Kath. Schulorganisation Deutschlands erwartet von der Preussischen Regierung, daß die in Art. 147 der Reichsverfassung für die Privatschule aufgestellten Bestimmungen voll und ganz zur Anwendung gelangen und daß alle hemmenden und einschränkenden Bestimmungen beseitigt werden. Die katolischen Privatschulen haben für die größten Verdienste um das deutsche Schulwesen erworben. Neben dem öffentlichen Schulwesen verdient das Privatschulwesen eine hohe Förderung. Die Schaffung einer Reichsranzunge und die Gewährung voller Gleichberechtigung für Schulen wie Lehrkräfte, sind dringende, unabweisbare Forderungen.

Die Berliner Presse und die Mark-Niede.

Δ Berlin. 1. Nov. Der Rede des Reichstagsleiters Dr. Marx in Essen wird von den Blättern große Beachtung geschenkt. Sie wird als der Auftakt zu dem Kampfe bezeichnet. Jedoch nur wenige Blätter besaßen sich mit ihr in redaktioneller Stellungnahme. Die „Kreuzzeitung“ stimmt mit dem Reichstagsleiter überein, wenn er die jetzige Koalition nur als eine Arbeitsgemeinschaft, nicht als eine Gefinnungsgemeinschaft bezeichnet, hat und sagt: „So wenig wir die jetzige Koalition für eine Grundlage zum Handeln jemals verlangt haben, müssen auch wir nach wie vor aus dem Standpunkt stehen bleiben, daß wir für uns, insbesondere aber für uns Konfessionelle und für die konservative Presse volle Freiheit der Betätigung unserer Grundidee beanspruchen müssen.“ Auch für den kommenden Wahlkampf nimmt das genannte Blatt für die Deutschnationalen vollkommene Freiheit in Anspruch, wie es Dr. Marx für das Zentrum getan habe. — Die „Deutsche Tageszeitung“ ist der Ansicht, daß Dr. Marx die politische Arbeit der Nationalen nicht unterschätze und erkenne an, daß der Reichstagsleiter „keine Partei“ sei.

nen die Privatbanken, in denen die Einlagen in der Zeit vom 1. Januar 1926 bis 1. Juni 1927 eine Steigerung von 241 auf 615 Millionen Goldzloty oder in Prozenten ausgedrückt, von 155 Prozent erfuhren.

Im Einklang mit dieser Erscheinung konnte der Zinssatz in der Bank Polsti von 12 auf 8 Prozent, in den Privatbanken von 24 auf 12 Prozent herabgesetzt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei einem Zusammenwirken der Regierung und der Bevölkerung Polen in der Lage sein würde, aus eigener Kraft heraus die Produktion bis zur Vorrangkapazität auszubauen, ja vielleicht sogar dieses Niveau zu überschreiten.

Im letzten Jahre läßt sich fast in allen Zweigen der polnischen Industrie, begünstigt durch den englischen Streit, der das Wirtschaftsklima anturbelte, eine ganz bedeutende Produktionssteigerung feststellen. Nachfolgende Zahlen bezeugen dies bezeichnend. In der Baumwollindustrie wuchs die Zahl der in allen Schichten tätigen Spinneln von 1 794 000 Ende 1925 auf 2 288 000 im März 1927, in der Wolllindustrie ist im gleichen Zeitraum die Anzahl der Kammaraspinneln von 202 000 auf 561 000 gestiegen. Die berg- und hüttenmännische Produktion verzeichnet gleichfalls eine bedeutende Steigerung. Während in den ersten sieben Monaten 1926 17,4 Millionen Tonnen Eisenerze, 179 000 Tonnen Roheisen, 378 000 Tonnen Stahl und 69 000 Tonnen Zink gefördert wurden, ergab die Produktion im gleichen Zeitraum 1927 21,2 Millionen Tonnen Eisenerze, 326 000 Tonnen Roheisen, 715 000 Tonnen Stahl und 85 000 Tonnen Zink.

Während die Anzahl der Arbeitsstunden im ersten Halbjahre 1926 in der mineralischen Industrie (Erze, Kohle, Bapha, Keramik ufm.) 32 Millionen, in der Metall- und Maschinenindustrie 58, in der chemischen Industrie 85, in der Textilindustrie 94, in der Papierindustrie 9,8, in der Lebensmittelindustrie 3,6, in der Holzindustrie 44,4, in der Lebensmittelindustrie 46,9, in der Bekleidungsindustrie 6,1, in der Bauminde 17,8 und in der graphischen Industrie 8,2 Millionen ergab, ergaben sich die Zahlen im ersten Halbjahre 1927 in der mineralischen Industrie auf 45,6, in der Metall- und Maschinenindustrie auf 78,9, in der chemischen auf 38,2, in der Textilindustrie auf 149,6, in der Papierindustrie auf 10,9, in der Lebensmittelindustrie auf 4,7, in der Holzindustrie auf 52,1, in der Lebensmittelindustrie auf 46,1, in der Bekleidungsindustrie auf 8,6, im Bauwesen auf 18,8 und in der graphischen Industrie auf 8,2 Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende 1926 noch 205 000 betrug, fiel im August bis auf 122 000.

Diese Entwicklung berechtigt zu guten Erwartungen für die Zukunft. Man darf allerdings nicht vergessen, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Welt mit Riesenschritten vorwärts eilt, und daß daher das vom

Krieg verwüstete Polen ohne den Zufluß fremder Kapitalien keineswegs mit den anderen Ländern, die ihren Produktionsapparat immer mehr vervollkommen, Schritt halten und im internationalen Wettbewerb von den anderen leicht überflügelt werden könnte. Das Einströmen langfristiger Kredite, auf alle Anstrengungen der Regierung gerichtet sind, wird zu einer Stärkung der Produktion überhaupt und der landwirtschaftlichen Produktion im besonderen beitragen, wozu letztere ganz besonders langfristige Kredite bedarf. Die Steigerung der Produktion entscheidet letzten Endes über das zukünftige Los der Finanzen überhaupt. Aus diesem Grunde ist der wichtigste Teil des polnischen Wirtschaftsprogrammes die Erlangung ausländischer Kredite eingestellt. Wenn der Zufluß ausländischer Kapitalien auch als notwendig und unumgänglich angesehen wird, so will Polen doch kein Ausbeutungsterrain für Bucherwörter, sondern ein

Nach dem Zustandekommen der amerikanischen Stabilisierungsanleihe wird nachstehender Plan durchgeführt, der die endgültige Stabilisierung der polnischen Währung zum Ziele hat. Die Währung wird auf einem, dem gegenwärtigen Kursstand ungefähr gleichen Niveau stabilisiert. Die Scheidemünzen in der Höhe von 280 Millionen Zloty werden aus dem Verkehr gezogen, wobei die Hälfte durch Banknoten der Bank Polaki, die andere Hälfte durch Silbergeld ersetzt wird. Die Höhe der gesamten Kleingeldzirkulation wird auf die Gesamtsumme von 320 Millionen Zloty reduziert. Das Grundkapital der Bank Polaki wird um 50 Prozent erhöht, wobei die Regierung wieder einen entsprechenden Teil der neuen Aktienemission einnimmt. Die jetzt im Umlauf befindlichen Prozentigen Staatsobligationen werden gleichfalls aus dem Verkehr gezogen. Es wird eine eiserne Finanzreserve gebildet, die bei der Bank Polaki in der Höhe von 75 Millionen Zloty deponiert wird. Der so erübrigte Rest der Anleihen in der Höhe von 35 Millionen Zloty bleibt für Kreditzwecke der Landwirtschaft und der staatlichen Unternehmungen reserviert. In Ausführung dieses Planes wird die Bank Polaki schrittweise ihren Koutenplan um 300 Millionen Zloty vergrößern, wobei sie gleichzeitig Valuten aus der Anleihe in Höhe von 60 Millionen Dollar für 310 Millionen Goldzloty erhält. Nimmt man als Ausgangspunkt den Status vom 1. September 1927 an, so würde man nachstehendes Bild der Emissions- und Deckungsverhältnisse erhalten: eine Valuten- und Deckungsbedeutung in Höhe von 700 Millionen Goldzloty bei einem Banknotenumsatz in den 1184 Millionen Papierzloty. Persönlich ist man sicher, daß bei dieser fast 100-prozentigen Deckung überdies die Bank Polaki noch einen Schritt in der Höhe von 20 Millionen Dollar bei anderen Emissionsbanken gegen den Stabilisierungsplan in Anspruch nehmen kann, so droht den Banknoten

nen. Insbesondere haben wir die Mitglieder
des Ringes hierzu ein.

Der Vorstand.

